

SuedLink

BBPIG-Vorhaben 3, HGÜ-Verbindung Brunsbüttel - Großgartach  
BBPIG-Vorhaben 4, HGÜ-Verbindung Wilster - Bergsrheinfeld/West  
Leitung-Nr.: LH-16-10001 / LH-16-10002

Vorhabenträger:



DokumentenzahlNr.: A100-TTG-005169-  
MA-DE

**Planänderung IV**

**Planfeststellungsabschnitt A4  
von km 0+000 bis 37+746**

**Unterlagen nach § 21 NABEG**

**Teil A00  
Erläuterungsbericht zur Planänderung IV**

00	28.03.2025	Planänderung IV	Ulrich Thesing	Jörg Lehnert	Falko Wiegandt
<b>Vers.</b>	<b>Datum</b>	<b>Ausgabe</b>	<b>Erstellt</b>	<b>Geprüft</b>	<b>Frei- gegeben</b>

**Inhaltsverzeichnis**

Inhaltsverzeichnis .....	2
Abkürzungsverzeichnis .....	3
1. Einleitung .....	4
1.1. SuedLink .....	4
1.2. Einordnung der Unterlage .....	4
1.3. Inhalt und Zweck des Dokuments .....	4
2. Genehmigungsrechtliche Einordnung .....	5
2.1. Vorausgegangene Planungsschritte .....	5
2.1.1. Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG, Erhalt Planfeststellungsbeschluss nach §24 NABEG sowie Anträge auf Planänderungen .....	5
2.2. Rechtliche Grundlagen .....	6
3. Beschreibung der geänderten Planungen .....	8
3.1. Veranlassung .....	8
3.2. Kennzeichnung .....	8
3.3. Planänderungen .....	8
3.3.1. Auswirkungen auf Betroffenheiten .....	9
3.3.2. Umweltauswirkungen/Auswirkungen auf die Schutzgüter .....	9
3.4. Fazit .....	11

**Abkürzungsverzeichnis**

Abkürzung	Erläuterung
AG	Arbeitsgruppe
AVZ	Allgemeinverständliche Zusammenfassung
BBPlG	Bundesbedarfsplangesetz
BE-Fläche	Baustelleneinrichtungsfläche
BNetzA	Bundesnetzagentur
EnWG	Energiewirtschaftsgesetz
GIS	Geographisches Informationssystem
HDD	„Horizontal Directional Drilling“ (Horizontalspülbohrverfahren)
HGÜ	Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
PFA	Planfeststellungsabschnitt
PlanSiG	Planungssicherstellungsgesetz
SLWP	Schallleistungswirkpegel
TEN-E-VO	Transeuropäische Netze – Energie - Verordnung
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
V	Vorhaben
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz

## 1. Einleitung

### 1.1. SuedLink

SuedLink ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes, dass als Erdkabelverbindung geplant wird. SuedLink besteht aus je einer Verbindung zwischen Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Großgartach in Baden-Württemberg (diese Verbindung wird in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als „Vorhaben Nr. 3“ geführt) sowie zwischen Wilster in Schleswig-Holstein und Bergrheinfeld/West in Bayern (diese Verbindung wird in der Anlage zum BBPlG als „Vorhaben Nr. 4“ geführt). Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gestellt wurden. Die Planfeststellungsverfahren werden für die beiden genannten Vorhaben im Bereich der Stammstrecke verfahrensrechtlich verbunden. SuedLink ist in 15 Planfeststellungsabschnitte unterteilt. Die gegenständliche Unterlage ist Bestandteil der Unterlagen gem. § 21 NABEG zum Planfeststellungsabschnitt A4.

Für weitergehende Informationen zu SuedLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kapitel 0 ff im Teil A01 der Unterlagen gem. § 21 NABEG verwiesen.

### 1.2. Einordnung der Unterlage

Das vorliegende Dokument Teil A01, Anhang 04 „Erläuterungsbericht zur Planänderung I“ wird mit Einreichung zum Bestandteil der Unterlagen gemäß § 21 NABEG für SuedLink im Planfeststellungsabschnitt A4, mit der der Vorhabenträger eine beabsichtigte Änderung des bereits festgestellten Plans anzeigt.

### 1.3. Inhalt und Zweck des Dokuments

Gegenstand des vorliegenden Dokumentes ist eine Beschreibung und Erläuterung der beabsichtigten Planänderungen.

## 2. Genehmigungsrechtliche Einordnung

### 2.1. Vorausgegangene Planungsschritte

#### 2.1.1. Einreichung des Plans und der Unterlagen gemäß § 21 Absatz 1 NABEG, Anhörungsverfahren nach § 22 NABEG, Erhalt Planfeststellungsbeschluss nach §24 NABEG sowie Anträge auf Planänderungen

Die Bundesnetzagentur hat die nach § 20 NABEG vorgesehene Antragskonferenz als schriftliches Verfahren gemäß § 5 Absatz 6 des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) durchgeführt. Auf Grundlage der Ergebnisse des schriftlichen Verfahrens gemäß § 5 PlanSiG hat die Bundesnetzagentur am 30. September 2020 einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung festgelegt. Sie gibt damit den Inhalt des Plans und der weiteren Unterlagen vor, die der Vorhabenträger vorzulegen hat. Am 30. Dezember 2022 wurde der Antrag auf Planfeststellung nach §21 NABEG bei der Bundesnetzagentur eingereicht. Nach der Einreichung prüfte die Planfeststellungsbehörde innerhalb eines Monats die Dokumente auf Vollständigkeit. Die Vollständigkeitsprüfung wurde am 30. Januar 2023 abgeschlossen und beinhaltete die Prüfung der formellen Vollständigkeit sowie eine Plausibilitätskontrolle der Unterlagen.

Gemäß § 22 NABEG beteiligte die Bundesnetzagentur im Rahmen des Anhörungsverfahrens nach erfolgter Vollständigkeitsprüfung die Träger öffentlicher Belange, die Vereinigungen sowie die allgemeine Öffentlichkeit. Vom 20. Februar bis zum 20. April 2023 konnten Einwendungen gegen den in elektronischer Form veröffentlichten Plan erhoben werden.

Die Bundesnetzagentur hat am 10. August 2023 nach § 22 Absatz 5 in Verbindung mit § 10 Absatz 3 Satz 1 NABEG zur Verfahrensbeschleunigung im Rahmen ihres Ermessens entschieden, auf Umweltverträglichkeitsprüfung das Durchführen eines Erörterungstermins im Sinne von § 73 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) und § 18 Absatz 1 Satz 4 des Gesetzes über die (UVP) zu verzichten.

Der Vorhabenträger hat am 3. Juli 2023 Änderungen des bereits ausgelegten Plans und der Unterlagen beantragt. Die kenntlich gemachten Änderungen lagen der Bundesnetzagentur am 8. September 2023 abschließend vor. Die betroffenen Behörden, Vereinigungen und Dritte, die erstmalig oder stärker als bisher berührt werden, wurden von der Bundesnetzagentur individuell angeschrieben und über die Möglichkeit der Stellungnahme beziehungsweise Einwendung informiert.

Die Bundesnetzagentur hat am 15. März 2024 den Plan festgestellt. In dem Planfeststellungsbeschluss ist über alle rechtzeitig vorgetragenen Einwendungen, Forderungen und Anregungen entschieden worden. Die sofortige Vollziehung wird nach § 43e Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) gesetzlich angeordnet. Der Planfeststellungsbeschluss wurde gemäß § 24 Abs. 2 Satz 2 NABEG für die Dauer von zwei Wochen vom 8. April bis zum 22. April 2024 öffentlich bekanntgegeben. Nach Ablauf der zwei Wochen seit der Zugänglichmachung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur gilt der Beschluss als bekannt gegeben (§ 24 Abs. 2 Satz 3 NABEG). Der Vorhabenträger kann mit dem Bau beginnen.

Im Mai 2024 reichte der Vorhabenträger die erste Planänderung zum Planfeststellungsbeschluss gem. § 24 Abs. 1 NABEG für den Planfeststellungsabschnitt (PFA) A4 ein. Es wurde beantragt, dass im Bereich des Vorhabens Nr. 4 im PFA A4 durchgehend Kabelschutzrohre eingebaut werden können. Der Änderungsbescheid gemäß § 18 Abs. 5 NABEG i. V. m. § 43d EnWG und § 76 Abs. 2 VwVfG (Gz.: 804-6.07.01.02/3-2-4 PÄ I#1) erging am 21.06.2024.

## 2.2. Rechtliche Grundlagen

### Planverzicht, § 76 Abs. 2 VwVfG

Für die hier in Rede stehende Planänderung III ist die Durchführung eines erneuten Planfeststellungsverfahrens, wie bereits bei der Planänderung I, nicht erforderlich. Gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG kann bei unwesentlichen Änderungen eines Plans von einem Planfeststellungsverfahren abgesehen werden, wenn die Belange anderer nicht berührt werden oder wenn die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben.

Eine Änderung wird von der Rechtsprechung dann für unwesentlich erachtet, wenn die mit der Planung verfolgte Zielsetzung unberührt bleibt und wenn die beabsichtigte Änderung die bereits getroffene Abwägung aller einzustellenden Belange in ihrer Struktur unberührt lässt; das wird stets der Fall sein, wenn Umfang und Zweck des Vorhabens unverändert bleiben und wenn zusätzliche belastende Auswirkungen von "einigem" Gewicht sowohl auf die Umgebung als auch hinsichtlich der Belange einzelner auszu-schließen sind (BVerwG, Urteil vom 20. Oktober 1989 – 4 C 12/87 –, BVerwGE 84, 31-49, Rn. 27 zu § 18c Abs. 2 FStrG a. F.; BVerwG, Urteil vom 16. Mai 2018 – 9 A 4/17 –, BVerwGE 162, 102-114, Rn. 38). Ein Fall, der bereits aufgrund rechtlicher Vorgaben regelmäßig zur Wesentlichkeit einer Änderung führt, ist deren UVP-Pflichtigkeit. Hierfür spricht – neben verfahrensrechtlichen Zwängen – auch der Umstand, dass von derartigen Vorhaben regelmäßig entsprechende Auswirkungen zu erwarten sein dürften.<sup>1</sup> Ist ein Änderungsvorhaben UVP-pflichtig, kommt ein Planverzicht nach § 76 Abs. 2 VwVfG nicht in Betracht (Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25).

Ausgehend von diesem Maßstab ist die vorliegende Planänderung als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen. Für die Änderung ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich.

Die Vorhaben in ihrer Gesamtheit sind UVP-pflichtig gemäß § 6 UVPG i.V.m. Nr. 19.11 der Anlage 1 zum UVPG. Gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 UVPG ist eine Änderung solcher Vorhaben UVP-pflichtig, wenn eine allgemeine Vorprüfung ergibt, dass die Änderung zusätzliche erhebliche nachteilige oder andere erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen kann. Die hier durchgeführte allgemeine Vorprüfung hat ergeben, dass derartige Umweltauswirkungen aufgrund der Änderung nicht zu erwarten sind. Bei sämtlichen Schutzgütern gibt es keine erheblichen oder zusätzlichen Auswirkungen (s. Kapitel 3.3.5 - Umweltauswirkungen). Im Übrigen ist nicht ersichtlich, dass die Struktur der bereits getroffenen Abwägung berührt würden. Umfang und Zweck der Vorhaben bleiben erhalten, zusätzliche Auswirkungen von einigem Gewicht sind nicht erkennbar.

Für einen Planverzicht verlangt § 76 Abs. 2 VwVfG weiterhin, dass die Belange anderer nicht berührt werden oder die Betroffenen der Änderung zugestimmt haben. Unter „Belangen anderer“ sind (abwägungserhebliche) private (d. h. nicht öffentliche), eigene Interessen Dritter zu verstehen. Auf den (formal-) rechtlichen Schutz des jeweiligen Interesses kommt es hierbei nicht an. Die Belange anderer sind berührt, wenn Dritte in ihren Interessen erstmals, stärker als bisher oder anders als bisher betroffen sind (Neumann/Külpmann, in: Stelkens/Bonk/Sachs, 10. Aufl. 2022, VwVfG § 76 Rn. 21; Deutsch, in: NK-VwVfG, 2. Aufl. 2019, VwVfG § 76 Rn. 45).

Die nachfolgend in Kapitel 3 beschriebene geänderte Planung führt zu keiner neuen, zusätzlichen oder geänderten Flächeninanspruchnahme. Alle Arbeiten finden

<sup>1</sup> Wickel, in: HK-VerwR, 5. Aufl. 2021, VwVfG § 76 Rn. 25.

innerhalb der bereits planfestgestellten Schutz- und Arbeitsstreifen statt. Dadurch gibt es keine neuen Betroffenenheiten.

Damit ist die Voraussetzung gegeben, dass keine Belange anderer berührt werden. Eine erneute Zustimmung der Betroffenen ist demnach nicht erforderlich.

Die Voraussetzungen für einen Verzicht auf ein Planfeststellungs- oder Plangenehmigungsverfahren gemäß § 76 Abs. 2 VwVfG sind somit gegeben. Sonstige Aspekte, die die Durchführung eines solchen Verfahrens geboten, erscheinen lassen, sind nicht ersichtlich, weshalb angeregt wird, auf ein Verfahren zu verzichten.

Eine Öffentlichkeitsbeteiligung, die den Anforderungen des § 73 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 4 bis 7 VwVfG entsprechen muss, ist für die Planänderung nicht erforderlich.

Die Voraussetzungen für die Erteilung einer Plangenehmigung anstelle einer Planfeststellung liegen nach alledem vor.

### 3. Beschreibung der geänderten Planung

#### 3.1. Veranlassung

Gemäß Blatt 22, Teil C06 ist bei ca. km 30+217 ein Feldweg mit beidseitigen begleitenden Gräben zu queren. Dazu war eine offene Bauweise in Anlehnung der Typicals gemäß C02, Anlage 22 ff. vorgesehen. Aufgrund der tiefliegenden Grabensohle sowie der nunmehr vorherrschenden hydrologischen Bedingungen (hohe Grundwasserstände, sehr hohe Bodenfeuchte), würde eine offene Bauweise erhebliche bauliche Eingriffe bedeuten. Insbesondere wäre ohne die gemäß der o. g. Typicals vorgesehenen Erweiterung des Arbeitsstreifens südlich der Querung ein Verbau erforderlich. Die offene Bauweise würde somit zu einem größeren Eingriff, als ursprünglich geplant, führen. Nicht zuletzt wäre hierdurch eine Anpassung des Arbeits- und Schutzstreifens erforderlich.

Der Vorhabenträger hat sich daher dazu entschieden, zur Vermeidung möglicher zusätzlicher Betroffenheiten die Querung in einer geschlossenen Bauweise mittels Horizontalspülbohrverfahren (HDD) auszuführen. Gegenüber einer offenen Bauweise erweist sich die hier beantragte geschlossene Bauweise mittels HDD eindeutig als vorzugswürdig, wie in den nachfolgenden Kapiteln 3.3 dargelegt.

Der vorgenannte Änderungsbedarf macht eine Anpassung der Planfeststellungsunterlage Teil C01, Technik und Trassierung, Teil C06, Lageplan Blatt 22 und Teil C08, Kreuzungsverzeichnis erforderlich. Weitere Unterlagenteile sind von den Änderungen nicht berührt.

#### 3.2. Kennzeichnung

Im Grundsatz werden Dokumente, die von einer geänderten Planung inhaltlich berührt werden und daher Überarbeitungsbedarf aufweisen, immer als Ganzes überarbeitet, da Verschiebungen von Seitenumbrüchen unausweichlich sind. Änderungen in den Unterlagen (Berichte, Anlagen und Anhänge) werden in blauer Schrift (RGB 0/63/255) hervorgehoben.

Textliche Korrekturen erfolgen durch Streichung der Bestandstexte und Ergänzung von Ersatztexten bzw. neuer Textabsätze in blauer Schrift wie oben angeführt. Die neuen Texte werden immer den Streichungen hintenangestellt.

Korrekturen von Tabellenwerten folgen den formalen Anforderungen für Texte: Streichung der Bestandswerte und Ergänzung von Ersatzwerten in blauer Schrift. Die Ersatzwerte werden immer den Streichungen hintenangestellt. Zusätzliche Zeilen / Spalten werden erforderlichenfalls ergänzt und neue Werte in blauer Schrift eingefügt. Die Ergänzung von Tabellen folgt den vergleichbaren formalen Anforderungen für Abbildungen (blauer Rand, Stärke 3 Pt).

Pläne, die von der Planänderung inhaltlich berührt werden und daher Überarbeitungsbedarf aufweisen, werden fortlaufend revisioniert, die Änderungen eingetragen und in der Legende kenntlich gemacht. Die technischen Änderungen sind blau gekennzeichnet.

#### 3.3. Planänderungen

Wie in Kapitel 3.1 beschrieben, soll die o. g. Querungen eines Feldwegs mit beidseitigen begleitenden Gräben in geschlossener Bauweise mittels HDD erfolgen.



Die Querung des Feldweges mittels HDD bietet zunächst den Vorteil, dass hierdurch auf eine vollständige Sperrung des Weges während der gesamten Bauzeit verzichtet werden kann. Dadurch können die umliegenden landwirtschaftlichen Nutzflächen während der Bauzeit der Querung erreicht werden. Verkehrseinschränkungen sind lediglich für die Herstellung des nördlichen Teilabschnitts der Sektion erforderlich. In das zum Feldweg parallel verlaufende Grabensystem muss zudem nicht eingegriffen werden, sodass diese von der Baumaßnahme unberührt bleiben. Es sind nur im Bereich der Baustraße entsprechende Überfahrten der Gräben (z. B. mittels Verrohrung) erforderlich. Infolgedessen ist es möglich, für diese Querung einen optimierten Bauablauf herbeizuführen, der in einer baulichen Beschleunigung für diese Stelle mündet.

Die hier vorliegenden günstigen thermischen Eigenschaften des anstehenden Bodens sowie die günstigen Grundwasserverhältnisse erlauben Abstände der HGÜ-Kabel von 4,5 m. Dem Minimierungsgebot folgend wurden die LWL-Kabel einerseits nach innen verlegt und andererseits gegenüber den HGÜ-Kabeln tiefergelegt, sodass die Abstände der einzelnen Bohrungen die Bohrtoleranzen ausreichend berücksichtigen. Dadurch kann sowohl der Arbeits- als auch der Schutzstreifen gemäß Planfeststellung beibehalten werden.

### 3.3.1. Auswirkungen auf Betroffenheiten

Die Anpassung der Bauweise führt zu keinerlei Änderung des Arbeits- und Schutzstreifens. Daher resultieren hieraus keine geänderten oder zusätzlichen Betroffenheiten. Die erforderlichen Start- und Zielbaugruben sowie die BE-Fläche für das HDD-Equipment befinden sich innerhalb des Arbeitsstreifens. Geänderte Zuwegungen sind nicht vorgesehen.

### 3.3.2. Umweltauswirkungen/Auswirkungen auf die Schutzgüter

#### Mensch:

- Lärm:

Durch die Planänderung von offener zu geschlossener Bauweise entfallen die Bauphasen „Aushub Kabeltrasse“ und „Einbringung Bettungsmaterial“ gemäß der PFU E02 in dem Bereich der Umplanung.

Stattdessen kommt die Bauphase „HDD-Verfahren“ in diesem Bereich der Trasse zur Anwendung. Der Schallleistungswirkpegel (SLWP) der Bauphase „Aushub Kabeltrasse“ liegt bei 117,2 dB(A). Der SLWP für „Einbringung Bettungsmaterial“ liegt bei 113,5 dB(A). In der Bauphase „HDD-Verfahren“ werden für die Startbaugrube 113,5 dB(A) und die Zielbaugrube 102,6 dB(A) angesetzt.

Im Vergleich zu den ursprünglich geplanten Bauphasen für die offene Querung lässt sich festhalten, dass die im Bereich der Umplanung umzusetzende Bauphase „HDD-Verfahren“ gleiche oder geringere SLWP aufweist. Insofern ist die Änderung zu einer geschlossenen Querung als positiv im Hinblick auf das Schutzgut Mensch anzusehen.

- Elektrische und magnetische Felder:

Bei der angezeigten HDD werden durch die veränderte Kabelanordnung die stromführenden Kabel um jeweils maximal 0,8 m nach außen verlagert. Der nächstliegende Ort, der zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt ist, liegt über 250 m vom äußersten Kabel entfernt. Zur planfestgestellten Situation haben sich somit aus immissionsschutzrechtlicher Sicht keine relevanten Änderungen und keine neuen maßgeblichen Minimierungsorte ergeben.

#### Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt:

Die Planänderung von offener Bauweise zu geschlossener HDD ist aus naturschutzfachlicher Sicht an dieser Querung des Feldwegs mit beidseitig begleitenden Gräben und Hochstaudensäumen (abseits der Querung auch Gehölze) positiv zu beurteilen. Diese Biotopstrukturen, welche allgemein ökologisch nur von geringem Wert sind und die deshalb als geeignet für die offene Querung beurteilt wurden, haben in der vorliegenden großschlägigen Agrarlandschaft eine gliedernde und belebende Funktion. Eine Störung dieser Funktionen wird durch die Vermeidung von Bagger-, Wasserhaltungs- und Verbauarbeiten an den beiden Gräben und ihrer Säume deutlich minimiert.

In der Umgebung der Querung sind auf den vorwiegenden Ackerflächen keine gegenüber visuellen Störungen oder Schallimmissionen empfindlichen Arten nach den Kartierungsergebnissen bekannt oder aus den Ergebnissen der Übertragungsmethodik anzunehmen (die nächsten geschlossenen Feldgehölzflächen liegen mind. 120 m entfernt).

Für die gegenüber solchen Störungen unempfindlichen, weniger anspruchsvollen Arten, die in den Gehölzen und Hochstaudensäumen Lebensräume einnehmen können, sowie für die Feldvögel, die Ackerflächen als Brutrevier nutzen, sind in Teil I (LBP) Vermeidungsmaßnahmen geplant (V<sub>AR</sub>9.2 Vergrämung zum Schutz von Offenlandbrütern, V<sub>AR</sub>9.2 Strukturelle Vergrämung durch regelmäßige Begehungen, V<sub>AR</sub>38 Schutz von Reptilien). Diese Maßnahmen sind bzw. werden umgesetzt.

Insofern ist die Änderung zu einer geschlossenen Querung als positiv im Hinblick auf Eingriffsminimierung anzusehen und der Umsetzung steht artenschutzrechtlich nichts entgegen.

#### Fläche, Boden:

Im Hinblick auf das Schutzgut Fläche ist die Änderung kaum von Relevanz - aber grundsätzlich positiv zu beurteilen.

Für den Bodenschutz bietet die grabenlose Verlegung Vorteile, da die Bodeneingriffe, insbesondere Aushub, Zwischenlagerung und Wiedereinbau, reduziert werden. Bei offener Bauweise können diese Arbeiten die Bodenstruktur beeinträchtigen und den Horizontaufbau verändern, was aufwendige Maßnahmen zur Wiederherstellung der Bodenfunktionen erforderlich machen kann, wie beispielsweise eine gezielte Zwischenbewirtschaftung. Zudem verringert sich die Menge an überschüssigem Bodenmaterial aus dem Bettungsbereich, das weiterverwendet werden muss.

Wasser:

Für das Schutzgut Wasser (Oberflächen und Grundwasser) ist die Vermeidung der offenen Querung der Grabensysteme mit Bodenarbeiten und Wasserhaltung von positiver Bedeutung.

Luft, Klima:

Keine Relevanz.

Landschaft:

Die Änderung von offener zu geschlossener Querung hat in der betroffenen großschlägigen Ackerbaulandschaft mit nur sehr wenigen naturnäheren Strukturen nur wenig Relevanz – ist aber grundsätzlich positiv zu sehen.

Kulturelles Erbe, sonstige Sachgüter:

Keine Relevanz.

Wechselwirkungen zwischen den vorgenannten Schutzgütern:

Die dargestellten und beschriebenen Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter sind in ihrer Gesamtheit außerordentlich positiv zu bewerten.

Die Gesamteinschätzung der Auswirkungen der Planänderungen des Vorhabens unter Berücksichtigung aller vorab geprüften Aspekte ergibt somit, dass eine UVP-Pflicht für die Planänderungen nicht gegeben ist.

**3.4. Fazit**

Die beantragte Planänderung geschlossene Querung eines Grabensystems und eines Feldwegs bei ca. km 30+217 ist aufgrund der erläuterten Sachverhalte von unwesentlicher Bedeutung, da dadurch Belange anderer nicht berührt werden und keine neuen oder geänderten Betroffenheiten ausgelöst werden. Insofern kann von einem neuen Planfeststellungsverfahren abgesehen werden und die beantragte Planänderung ist als unwesentlich im Sinne des § 76 Abs. 2 VwVfG einzustufen. Die Anpassung der Bauweise betrachtet der Vorhabenträger zudem als zwingend erforderlich, um unter den nunmehr vorherrschenden Bedingungen (hohe Grundwasserstände, sehr hohe Bodenfeuchte) dem Minimierungsgebot nachzukommen.